

Niederschrift

zur 19. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2008/2014)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Donnerstag, den 27.01.2011	18:00 – 20.20 Uhr	Bürgerhaus "Fürstenwalder Hof"

Anwesenheit

Vorsitz

Jürgen Teichmann ,

Fraktion DIE LINKE.

Rene Benz , Monika Fiedler , Martin Gollmer , Maria Meinel , Gerold Sachse , Jurik Stiller , Stephan Wende ,

CDU-Fraktion

Rolf Hilke , Jens Hoffrichter , Uwe Koch , Wolfgang Petenati ,

SPD-Fraktion

Elisabeth Alter , Helga Bluschke , Klaus Hemmerling , Jürgen Luban , Klaus Runge , Roland Schulze , Anja von Collrepp , Elke Wagner ,

FDP-Fraktion

Eberhard Henkel , Lothar Hoffrichter , Lutz König , Reinhard Ksink , Petra Schumann ,

Bündnis 90/Die Grünen

Peter-Frank Apitz , Jens-Olaf Zänker ,

Bürgermeister

Hans-Ulrich Hengst ,

Verwaltung

Eckhard Fehse , Jürgen Roch ,

Gäste

Andrea Arnold , Sonnhild Beczkowski , Bewohner des Heidelandes , Uwe Stemmler , Wittig Schulltr. Juri-Gagarin-Schule und zahlreiche Schülerinnen und Schüler,

Abwesend

Fraktion DIE LINKE.

Sabine Lenz , Lothar Nachtigall , Sven Oberländer , Käthe Radom ,

FDP-Fraktion

Heiner Buzziol ,

Verwaltung

Dr. Ingo Wetter ,

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die 19. Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Der Vorsitzende stellt eine ordnungsgemäße Ladung und die Anwesenheit fest. Es sind 27 Stadtverordnete und der Bürgermeister anwesend.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Der Vorsitzende informiert, dass die Tagesordnung, wie im Hauptausschuss bereits angekündigt, um den TOP 9.10. (DS-Nr. 5/299, Neufestsetzung des Kassenkredites) ergänzt wird.

Der Abg. Wende beantragt im Namen des Ausschusses für Stadtentwicklung, den TOP 9.9. (DS-Nr. 5/295, Außenbereichssatzung für das Gebiet Heideland, hier: Aufstellungsbeschluss) abzusetzen, da weiterer Beratungsbedarf besteht.

Der Antrag wird mit 9 Ja-Stimmen und 21-Nein-Stimmen abgelehnt.

Zustimmung mit Änderung Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 4 Bestätigung der Niederschrift vom 09.12.2010

Zustimmung Ja 27 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

TOP 5 Informationen des Vorsitzenden

Der Vorsitzende dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung sowie allen am Winterdienst beteiligten Firmen und Personen für ihren engagierten Einsatz in den zurückliegenden Wochen und während der Feiertage.

Des Weiteren informiert er, dass Herr Jörg Knauth durch die FDP-Fraktion als sachkundiger Einwohner für den Ausschuss für Kultur, Soziales und Gleichstellungsfragen vorgeschlagen wurde und damit die Nachfolge von Herrn Fickelscher antreten soll. Herr Knauth wird sich in der nächsten Sitzung des Ausschusses vorstellen und in der STVV am 03.03.2011 ordentlich benannt.

TOP 6 Informationen des Bürgermeisters

Der Bürgermeister berichtet -

- dass während der schneereichen Zeit außer der bereits vertraglichen gebundenen Firma weitere neun Fremdfirmen und sämtlich für die Schneeberäumung geeignete Technik unter Vertrag genommen wurde.
Die Kosten für den Winterdienst von Januar 2010 bis 14. Januar 2011 betragen 427.000 €. Er fragt angesichts dieser Summe, ob die Stadt sich auf Dauer einen solchen Einsatz leisten können. Ca. 140.000 € werden in den nächsten Jahren über Straßenreinigungsgebühren/ Winterdienst auf die Bürgerinnen und Bürger umgelegt, nicht umlagefähig sind rd. 280.000 €.
- über den Umzug des Tourismusbüros in die Rathausstraße
- über die zahlreichen Neujahrsempfänge von Parteien und Institutionen und den der Stadt, der mit viel positiver Resonanz und Lob bei den Wood Street Giants ausgerichtet wurde
- über das 20jährige Jubiläum der Kreishandwerkerschaft
- über die Energieberatung durch die Verbraucherzentrale des Landes Brandenburg im Stadtteilbüro in der Mühlenstraße
- über die Auftaktveranstaltung „Ausblick Börse“ und über die am 26. Januar mit extrem großem Zuspruch und toller überregionaler Beteiligung von Jugendlichen und Eltern stattgefunden

Ausbildungsbörse, bei der 84 Aussteller 120 verschiedene Berufsbilder präsentierten und über 2000 Lehrstellen anboten

- vom Umzug des Standesamtes aus dem Alten Rathaus in das Verwaltungsgebäude im Rathauscenter sowie vom Umzug der Städtischen Galerie in die Mühlenstraße 10
- und erinnert an die am 28. Januar endende Abstimmung zur Wahl des „Sportler des Jahres“ und die am 19. Februar dann stattfindende Auszeichnungsveranstaltung
- über das nachfolgende Ergebnis der vom 01.11.2010 bis 31.01.2011 durchgeführten Hundebestandsaufnahme.

Befragungen bei ca. 21.700 Haushalten durch 7 Mitarbeiter der Firma Adler Kommunalservice GmbH

Erhöhung des Hundesteueraufkommens von 90.575 € in 2009 auf 107.539 € in 2010 und damit einer prozentualen Steigerung um 17,5 % und einer Einnahmesteigerung von ca. 17.000 € für 2010 und künftige Steuerjahre.

Im genannten Zeitraum wurden Neuanmeldungen von 389 Hunden registriert. In der Folge wurden bislang 57 Hundehalter rückwirkend besteuert, in Einzelfällen waren die Hunde schon seit 2002 im Haushalt. 84 Anmeldungen erfolgten durch Hundehalter im ALG II-Bezug.

In 70 Verdachtsfällen ermittelt der städtische Außendienst derzeit noch.

Künftig wird es regelmäßige Kontrollen zur Überwachung der Einhaltung der Hundesteueranmeldepflicht geben.

TOP 7 Einwohnerfragestunde

Herr Matthias Rudolph bittet um Auskünfte über den Kassenkredit der Stadt, welcher in Schweizer Franken (CHF) aufgenommen wurde. Er fragt wann, zu welchem Kurs und in welcher Höhe die Kreditvereinbarung abgeschlossen, welche Zahlungsweise und welcher Zinssatz während der Laufzeit vereinbart wurden. Außerdem bittet er um Informationen, wie viele Schweizer Franken tatsächlich aufgenommen wurden und wie hoch die Zinszahlungen in Euro waren bzw. wie hoch sie wären, wenn der Kredit nicht in CHF aufgenommen worden wäre. Er fragt, bei welchem Wechselkurs Euro/CHF der Breakeven erreicht und die Ersparnis durch den geringeren Zinssatz in CHF aufgebraucht ist und ob kontrolliert wird, wann der Breakeven erreicht ist.

Der Erste Beigeordnete, Dr. Fehse, antwortet auf die Anfrage.

Mit dem 01.10.2008 beginnend wurde der Kreditvertrag über insgesamt 4 Mio € für verschiedene Zeiträume zu nachfolgenden Konditionen geschlossen. Die Zinszahlung erfolgt in CHF.

01.10.2008 bis 01.04.2009 Umtauschkurs 1 € / 1,573 CHF (4 Mio€ = 6,292 Mio CHF)
Zinssatz CHF 3,56 % / Euribor 5,315 %
in € aufgenommen, hätten 107.481,11 € gezahlt werden müssen (Ersparnis 30.590 €)

01.04.2009 bis 04.05.2009
Zinssatz CHF 0,8 % / Euribor 1,135 % (Ersparnis 1.089,68 €)

04.05.2009 bis 04.06.2009
Zinssatz CHF 0,57 % / Euribor 0,953 % (Ersparnis 1.236,16 €)

04.06.2009 bis 06.07.2009
Zinssatz CHF 0,56 % / Euribor 0,926 % (Ersparnis 1.229,19 €)

06.07.2009 bis 06.08.2009
Zinssatz CHF 0,66 % / Euribor 0,728 % (Ersparnis 159,60 €)

06.08.2009 bis 08.09.2009
Zinssatz CHF 0,58 % / Euribor 0,522 % (Verlust 279,74 €)

08.09.2009 bis 07.09.2010

Zinssatz CHF 0,77 % / Euribor 1,29 % (Ersparnis 14.157,87 €)

07.09.2010 bis 07.09.2011
Zinssatz CHF 0,56 % / Euribor 1,414 €

TOP 8 Verleihung des Preises für soziales Engagement der Stadt Fürstenwalde/Spree und Ehrung des Zweitplatzierten

Die Vorsitzende des Ausschusses für Kultur, Soziales und Gleichstellungsfragen würdigt die Preisträger des Preises für soziales Engagement, die sich mit ihrem Theaterprojekt mit Mut, Engagement und Selbstüberwindung dem Thema Rechtsextremismus stellten (Laudatio sh. Dokumente im ratsinfo).

Den Preisträgern wird von Verwaltung und Stadtverordnetenversammlung auf das Herzlichste gratuliert. Der Preis ist mit 500 € dotiert und wird den Jugendlichen überreicht.

Abg. Wagner bringt zum Ausdruck, dass alle Anwesenden hoffen, dass solche Projekte weitergeführt werden können und zugleich anspornen, um das Zertifikat der bundesweiten Initiative „Schule ohne Rassismus, Schule mit Courage“ zu kämpfen.

Da die zweiten Bewerber um den Preis, die Rap Truth, ebenfalls ein starkes Projekt aufzuweisen haben, werden sie durch den Bürgermeister für ihr beachtenswertes Engagement mit einem Sachpreis geehrt.

TOP 9 Behandlung der Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung

TOP 9.1 Einbringung des Haushaltsplanes 2011 einschließlich Finanzplan für die Jahre 2011 - 2014 5/298

Das Wort wird dem Ersten Beigeordneten für die Haushaltsrede zur Einbringung des Haushalts erteilt (sh. Dokumente im ratsinfo).

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Haushaltssatzung 2011 zur Kenntnis und verweist sie zur weiteren Beratung in die zuständigen Ausschüsse.

Zustimmung Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 9.2 Jahresabschluss 2009 des Städtischen Betriebshofes Fürstenwalde - Kommunalen Eigenbetrieb 5/294

Es besteht kein Erläuterungsbedarf.

Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung stellt den geprüften Jahresabschluss 2009 fest und beschließt, den Jahresüberschuss von 80.268,09 € auf neue Rechnung vorzutragen.

Abstimmung: 28 Ja 0 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen

2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Entlastung der Werkleitung für das Geschäftsjahr 2009.

Abstimmung: 28 Ja 0 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen

TOP 9.3 15. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Fürstenwalde/Spree (südlicher Flugplatzbereich) hier: Erweiterung des Geltungsbereiches 5/291

Bezüglich dieser und der vier nachfolgenden Beratungsdrucksachen merkt der Abg. Zänker an, dass sie die Errichtung eines Solarfeldes auf dem Flugplatzgelände ermöglichen sollen. Er erklärt, dass die heutige Rechtslage noch nicht sicherstellt, dass der vor geraumer Zeit in Aussicht gestellte Gewerbesteuerzufluss tatsächlich erfolgt und bittet um Informationen über die inzwischen erreichten Verhandlungsergebnisse.

Der Bürgermeister berichtet, dass zwischen Betreiberfirma und Stadt weiterhin keine Diskrepanzen bestehen und die Gründung einer eigenständigen Gesellschaft und die entsprechende vertragliche Regelung vor Auftragserteilung forciert werden.

Auf die Frage des Abg. Jens Hoffrichter über den Investor antwortet der Bürgermeister, dass ihm keine Erkenntnisse vorliegen, die seine Aktivitäten in Frage stellen. Weiterhin bemerkt Abg. Hoffrichter, dass er kontinuierlichere Informationen über den Fortgang so umfangreicher Vorhaben sehr begrüßt hätte. Der Bürgermeister berichtet, dass es keine neue Entwicklung gibt, sondern wie bereits dargelegt und beraten wurde, es nach wie vor darum geht, planerisch die Voraussetzungen für potentielle Investitionen zu schaffen.

Abg. Wende erinnert daran, dass es in den Beratungsdrucksachen um die Schaffung bzw. Neufassung des Planungsrechts geht und die Grundsatzfrage zu diesem Areal zwar knapp aber mehrheitlich bereits entschieden wurde. Er wehrt sich dagegen, die Flugplatzdiskussion noch einmal aufzugreifen. Er fragt, ob es dem Investor zeitlich noch möglich ist, die geplanten Erlöse aus der Einspeisevergütung -wie ursprünglich einmal dargelegt- zu erzielen, da auf Bundesebene signalisiert wurde, diese abzusenken.

Der Bürgermeister erklärt, dass auf Bundesebene einvernehmlich eine vorgezogene Absenkung um rd. 9 % zum 01.07.2011 vereinbart wurde. Ab 01.01.2012 wird wahrscheinlich eine weitere Verringerung der Einspeisevergütung folgen. Insofern müssen alle diesbezüglichen Investitionen unter Beachtung dieses zeitlichen Rahmens betrachtet werden.

Der Abg. Hilke hat gehört, dass es eine Klage eines Bürgers gegen die Oberste Luftfahrtbehörde (Schließung des Flugplatzes und Entzug der entsprechenden Rechte) geben soll, die derzeit vor dem Verwaltungsgericht in Frankfurt (Oder) geführt wird und zu der der Flächeneigentümer beigeladen wurde. Die Frage, ob die Stadt ebenfalls beigeladen wurde, verneint der Bürgermeister.

Auf die Nachfrage des Abg. Hilke, ob der Ausgang dieses potentiellen Verfahrens möglicherweise die Umsetzung der Pläne dieser DS verhindert und deshalb verfrüht ist, berichtet der Bürgermeister, dass ihm der Vorgang bekannt ist, nach seinen Informationen die Klage aber nicht begründet wurde und die Behörde deshalb eine sofortige Vollziehung angeordnet hat.

Weitere Anfragen werden nicht gestellt.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 2 Abs. 1 und § 1 Abs. 8 BauGB die Erweiterung des Geltungsbereiches für die 15. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Fürstenwalde/Spree (südlicher Flugplatzbereich) um den nördlichen Flugplatzbereich und die nördlich daran angrenzenden Flächen. Das Verfahren ist als 15. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Fürstenwalde/Spree (ehemaliges Flugplatzgelände) weiterzuführen.

Zustimmung Ja 21 Nein 5 Enthaltung 2 Befangen 0

TOP 9.4 18. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Fürstenwalde/Spree (nördlicher Flugplatzbereich) hier: Aufhebung des Einleitungsbeschlusses 5/290

Es besteht kein Erläuterungsbedarf.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 2 Abs. 1 und § 1 Abs. 8 BauGB die Aufhebung des am 15. Juli 2010 gefassten Beschlusses zur Einleitung des Verfahrens zur 18. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Fürstenwalde/Spree (nördlicher Flugplatzbereich).

Zustimmung Ja 21 Nein 5 Enthaltung 2 Befangen 0

TOP 9.5 Bebauungsplan Nr. 64 "Gewerbestandort Flugplatz"
hier: Änderung Geltungsbereich

5/287

Es besteht kein Erläuterungsbedarf.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gemäß § 2 Abs. 1 BauGB den Beschluss zur Änderung des Geltungsbereichs des sich in Aufstellung befindenden Bebauungsplans Nr. 64 "Gewerbestandort Flugplatz". Der Geltungsbereich umfasst durch die Änderung folgende Flurstücke: Gemarkung Fürstenwalde, Flur 35 Flurstück 297 tw. und Flur 40 Flurstück 12/8 tw.

Zustimmung Ja 21 Nein 5 Enthaltung 2 Befangen 0

TOP 9.6 Bebauungsplan Nr. 67 "Solarpark Flugplatz"
hier: Änderung Geltungsbereich

5/288

Es besteht kein Erläuterungsbedarf.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gemäß § 2 Abs. 1 BauGB den Beschluss zur Änderung des Geltungsbereichs des sich in Aufstellung befindenden Bebauungsplans Nr. 67 "Solarpark Flugplatz". Der Geltungsbereich umfasst durch die Änderung folgende Flurstücke: Gemarkung Fürstenwalde, Flur 35, Flurstück 150/2, 150/4, 297 tw., Flur 40, Flurstück 8/3, 8/4, 9/3, 9,4, 10/2, 11/3, 11/4, 12/6., 12/7 tw., 12/8 tw., 12/9.

Zustimmung Ja 21 Nein 5 Enthaltung 2 Befangen 0

TOP 9.7 16. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Fürstenwalde/Spree (Solarfeld Staatsreserve) hier: Änderung des Geltungsbereiches, Auslagebeschluss

5/293

Der Vorsitzende des Ausschusses für Stadtentwicklung informiert, dass der Fachausschuss in seiner Fortsetzungssitzung einstimmig empfahl, dieser Beratungsdrucksache zuzustimmen. Er fragt im Zusammenhang mit der zu beratenden DS-Nr. 5/295 ob es immissionsschutz- bzw. kostenrechtliche Belastungen für die Bewohner des Heidelandes geben kann, wenn sich der Gewerbestandort Staatsreserve realisieren lässt.

Der Bürgermeister meint, dass keine kostenrechtlichen Belastungen erwartet werden.

Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 2 Abs. 1 und § 1 Abs. 8 BauGB die Änderung des Geltungsbereiches für die 16. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Fürstenwalde/Spree. Der Geltungsbereich wird um die Änderungsbereiche "Zufahrt Staats-

reserve" und "Beeskower Chaussee" erweitert und um den Änderungsbereich "Solarfeld Staatsreserve" reduziert.

2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Entwurf der 16. FNP-Änderung mit Begründung und den wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 und § 4a BauGB öffentlich auszulegen.

Zustimmung Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 9.8 Bebauungsplan Nr. 71 "Wohnen am Friedrich-Naumann-Platz" hier: 5/289
Aufstellungsbeschluss**

Die Abg. Wagner äußert ganz persönliche Bedenken, für ein weiteres Areal in die Vorleistung zu gehen ohne zu wissen, ob es ausreichend interessierte Bauherren geben wird. Sie verweist auf ungenutzte bzw. aus verschiedenen Gründen nicht zu vermarktende Grundstücke, die in großer Zahl vorhanden sind und bevorzugt für den Friedrich-Naumann-Platz die Umgestaltung zu einem Park oder Hain.

Der Abg. Wende verteidigt die Entwicklung des Naumannplatzes zu einem Wohngebiet in Innenlage einer bereits vorhandenen Bebauung und meint, Park- oder Erholungsflächen würden dort aufgrund umliegender Gartenbesitzer nicht genutzt.

Der Bürgermeister gibt den Hinweis, dass keine Erschließungsmaßnahmen durchgeführt werden, bevor nicht ausreichende Bauwillige für die entstandenen Grundstücke vorhanden sind.

Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 71 „Wohnen am Friedrich-Naumann-Platz“ für das Gebiet des Flurstücks 196 der Flur 142, Gemarkung Fürstenwalde.
2. Der Bebauungsplan soll im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB aufgestellt werden.

Zustimmung Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 9.9 Außenbereichssatzung für das Gebiet Heideland hier: Aufstellungsbeschluss 5/295

Frau Alter beantragt, ein Wortprotokoll wiederzugeben.

Eingangs erläutert der Bürgermeister, welches komplizierte, jahrelang schwelende Thema sich im Heideland darstellt.

Bürgermeister Hengst:

„Vor ca. 1/1/2 wurde entschieden, einen Mediator einzuschalten, der zwischen den Interessen der Heideländer und der Stadt Fürstenwalde vermittelt. Wenn man es ernst meint, dass ein Mediator etwas bewegen kann, dann kommt man nicht umhin, auch die Empfehlungen ernst zu nehmen und zu versuchen, sie auch umzusetzen. Und wir haben in vielen Gesprächen bei mir im Büro die Auffassung des Mediators diskutiert, abgewogen und auch überlegt, ist das der richtige Weg? Hilft er nur einigen oder ist er eine Lösung des Problems Heideland? Wir haben intern in der Verwaltung Überlegungen angestellt. Muss man, wenn man eine Außenbereichssatzung macht, das gesamte Gebiet umfassen, reichen einzelne Schwerpunkte? Das erste Ergebnis – mit einzelnen Satzungen schwerpunktmäßig in diesem Gebiet helfen Sie max. 30 % der Betroffenen. Es ist keine Lösung unseres Problems. Ich habe auch die Frage gestellt, wer von den Verantwortlichen irgendwann einmal die Unterschrift leistet und Bagger in Bewegung setzt, um 40 Wohnhäuser abzureißen? Ich sage es Ihnen ehrlich, ich habe keinen gefunden. Und ich halte es für einen unerträglichen Zustand, dass eine Bebauung stattgefunden hat, die in keiner Form legalisiert werden kann und dass man diesen Zustand, so wie er jetzt ist, weiter aussitzt im Vertrauen darauf, wir klagen uns durch alle

Instanzen, fangen immer wieder bei Null an, und irgendwann sterben wir alle drüber weg. Die Lösung –ob es eine ist, da kann man Zweifel dran haben, das wissen die Heideländer aber auch und das kann man vergleichen vielleicht mit einem schwerkranken Menschen der weiß, dass er krank ist und der weiß, dass seine Heilungschancen nicht 100 % sind, dass er ein Risiko eingeht. Aber gerade in dieser Situation wird er alles versuchen, um den letzten Strohalm zu greifen. Und wir haben uns entschlossen, diesen Strohalm auch hinzuhalten. Insofern hat sich die Verwaltung durchgerungen zu sagen, Ja. Wenn der Mediator, der ja auch aus dem Fach kommt, so argumentiert, dann nehmen wir diese Argumentation auf, unterstützen sie und wollen zumindest sicherstellen, dass wir ein Verfahren in Gang bringen, in dem alle Fragen, die durchaus berechtigt sind, die in diesem Zusammenhang auftreten, geklärt werden können. Und was am Ende dabei herauskommt, wird das Verfahren zeigen. Und wenn es so einfach wäre, dass alles nicht geht oder aber, dass es eben geht, könnten wir uns Gerichte völlig sparen. Sie wissen, ich weiß, dass man zu ein- und derselben Sache, zu ein- und derselben Regelung durchaus unterschiedlicher Auffassung sein kann und das nicht nur bei Amateuren, sondern insbesondere und gerade bei den Rechtsgelehrten. Denn nicht umsonst werden vielfach Urteile der Amtsgerichte, Verwaltungsgerichte, Oberverwaltungsgerichte durch Bundesgerichte wieder gekippt. Ich habe hier die Weisheit nicht für mich gepachtet und ich glaube, auch niemand in der Verwaltung. Und wenn in der Verwaltung auch von meinen Fachleuten Zweifel geäußert werden, ob das zum Ziel führt, dann akzeptiere ich dies und stelle nicht die fachliche Qualifikation in Frage, sondern frage, welche Lösung hast du für dieses Problem? Bisher habe ich keine andere gefunden, weder auf der Ebene der Stadtverwaltung, noch auf der Ebene der Kreisverwaltung und deswegen sage ich noch mal – es ist ein Weg, es ist ein Versuch, den wir gehen sollten, um zukünftig Rechtssicherheit für alle Betroffenen zu schaffen. Und die Außenbereichssatzung –sollte sie realisiert werden können– trägt nicht dazu bei, dass alle Grundstücke, die im Heideland sind, dann auch bebaut werden können. Zumindest ist die Mehrheit der von mir befragten Experten der Auffassung, dass gerade dies die Außenbereichssatzung nicht gewährleistet und ich glaube, das wollen die Heideländer auch gar nicht. Sondern es geht im Moment darum, einen Zustand, der eingetreten ist, wer immer dafür verantwortlich sein mag, so festzuschreiben und zu legalisieren, dass man nicht jeden Tag über dieses Problem weder als Betroffener noch als Stadt nachdenken muss. Gleichwohl, auch das ist völlig klar, gibt es Interessen der Stadt, die wir in diesen Prozess mit einbringen werden. Und ein Punkt ist natürlich die Entwicklung der ehemaligen Staatsreserve, aber auch da muss man jetzt schon ganz klar sagen, die Schutzmaßnahmen eines Gewerbegebietes richten sich nicht danach, ob ich einen rechtskräftigen Bebauungsplan, ob ich rechtmäßig errichtete Wohnhäuser habe. Sondern schlichtweg nach dem Fakt, ob dort Wohnbebauung besteht oder nicht. Und die kann ich nicht wegdiskutieren. Aus all diesen Gründen, meine Damen, meine Herren, bitte ich Sie, mit uns diesen gemeinsamen Versuch zu unternehmen und zu argumentieren und zu sehen, wie weit die Träger öffentlicher Belange dieses Verfahren mit tragen können. Und ich bin ganz ehrlich, ich wäre froh, sie würden es mit tragen. Und wir hätten so gute Argumente, dass wir dann nach Abschluss des Verfahrens sagen können, Ja, der jetzige Zustand gefällt uns beileibe nicht, aber wir können legalisieren und wir können verhindern, dass er weiter ausufert. Unter diesem Aspekt bitte ich Sie, der Vorlage zuzustimmen“.

Abg. Zänker schließt an die Ausführungen des Bürgermeisters an und fragt die Fraktion DIE LINKE: „Ich habe in den letzten Tagen ja schon mehrfach das Gespräch gesucht und ich kann eines nicht verstehen, der Bürgermeister hat hier klar gesagt, dass wir auf eine Notlage, die im Heideland besteht und die viele Bürger dort wirklich in der Existenz bedroht, reagieren. Ich glaube bei Auswertung der letzten Wahlergebnisse beobachtet zu haben, dass gerade DIE LINKE. aus dem Heideland sehr viele Wählerstimmen bekommen hat. Ich habe da ehrlich die Frage, wie können Sie Ihr beabsichtigtes Abstimmungsverhalten mit der Stimmentscheidung der Heideländer in Übereinstimmung bringen?“

Abg. Alter:

„bekennt sich, im Fachausschuss eine Meinung vertreten zu haben, auch aufgrund der Erfahrungen mit dem Heideland in den letzten Jahren. Und ich muss sagen, Herr Bürgermeister, das war hier jetzt

eine klare Ansage. Das war auch zwischen den Zeilen gesprochen bzw. die Fallen sind offengelegt worden. Denn es geht darum, eine Rechtssicherheit zu bringen. Es wird Gewinner und Verlierer geben bei der Rechtssicherheit. Und dessen müssen sich die Heideländer ganz bewusst sein. Meine Sorge ist, wenn es Verlierer und Gewinner geben wird, wird es keine Ruhe im Heide-land geben. Weil die, die verlieren werden, diejenigen sein werden, die weiterhin Gespräche mit uns führen wollen, weil der nächste Schritt gesucht wird. Ich hatte es bisher nicht so klar und deutlich erfahren, wie es uns der Bürgermeister heute vorgestellt hat. Wenn ich heute hier verstanden habe, dass es uns darum geht, eine Rechtssicherheit zu bringen, egal wie sie ausgeht, auch mit dem Ergebnis, dass es eben nicht so ausgeht, wie die Heideländer sich dies wünschen, dann bin ich dafür, dass das geklärt wird und dass wir evtl. dieses Thema dann, nach intensiven Diskussion und Bemühungen, auch die Heideländer im Ergebnis so akzeptieren müssen“.

Abg. Wende:

„Wenn es so wäre, wäre es ein gangbarer Weg. Ich glaube, das ist aber nicht so. Der Mediator, der eingesetzt worden ist, ist von der vorhergehenden STVV beauftragt worden mit der Bitte, einen Lösungsweg, der rechtskonform dargestellt werden kann, vorzustellen. Das war die Verpflichtung gewesen. Die Kommunalverfassung des Landes Brandenburg regelt, dass Verwaltungen und Stadtverordnete verpflichtet sind, rechtskonforme Lösungen –wahlweise haben wir ja jetzt noch nicht die richtige Satzung vor uns zu liegen, sondern nur den Weg zu einer Satzung– dementsprechend auch rechtskonforme Wege zu beschreiten. Das ist der Auftrag, den wir haben.

Und wenn ich die Vorlage, die die Verwaltung erarbeitet hat, richtig lese und ich glaube, ich kann lesen, finde ich dort auf Seite 1 „Die Satzung kann sich nur auf den bebauten Bereich erstrecken, einer Erweiterung des bebauten Bereiches durch die Außenbereichssatzung ist nicht möglich“. Den Satz bitte ich Sie, sich nochmals vor Augen zu führen und sich die Zeichnung, die wir ja auch durch den Mediator als Anlage an die DS bekommen haben, vor Augen führen und, über welche Flächen wir eigentlich reden. Wir werden feststellen, dass die Lösung Außenbereichssatzung für das Gesamtgebiet Heide-land nicht funktionieren kann, weil wir sozus. keine zusammenhängende Wohnbebauung dort darstellbar haben. Das einzige, was funktionieren kann –im Übrigen ein Vorschlag, den Kollege Hoffrichter im Stadtentwicklungsausschuss schon ein paar Mal gebracht hat– aus meiner Sicht durchaus überlegenswert, über Abrundungssatzungen bzw. über Außenbereichssatzungen für einzelne Wohnbebauungen etwas zu realisieren. Das wäre die eigentliche Möglichkeit. Herr Lilienthal schreibt in einer Erwiderung auf das Protokoll des Vermittlungsgesprächs am 11.11.2010 auch, dass er anregt, Fallgruppen zu bilden. Also auch Herr Lilienthal sagt übersetzt, Außenbereichssatzung für das gesamte Gebiet funktioniert nicht, er regt an, Fallgruppen zu bilden. Die DS sagt weiterhin... Dies folgt daraus, dass die Satzung „für bebaute Bereiche im Außenbereich“ aufgestellt werden kann. Die Erstreckung der Satzung auch auf Flächen über den bebauten Bereich hinaus liefe daher ins Leere. Mein Fachamt schreibt mir, die Lösung, die wir angehen, eine Gesamt-außenbereichssatzung für das gesamte Gelände zu erstrecken, funktioniert nicht. Zitat: Sie liefe ins Leere.

Herr Hengst hat heute noch mal gesagt, dass er versuchen möchte, diesen Weg zu beschreiten. Ich glaub´ Ihnen das auch, Herr Bürgermeister. Ich kann das nachvollziehen. Viele waren von uns schon eingeladen bei den Heideländern. Wir haben Diskussionen geführt, Versuche gemacht Lösungen zu erarbeiten. Das Problem, was wir haben, das ist, dass wir uns entscheiden müssen, ob wir dort Wohnbebauung zulassen wollen, ob wir dort eine Wohnsiedlung definieren wollen oder nicht. Und die Entscheidung hat die STVV mit dem FNP getroffen, als wir entschieden haben, dort Außenbereich zu realisieren. Die Wege, die Lösungen -die wir nur eingehen können und sollten- wäre zu gucken, wie man im individuellen Verfahren mit den Bürgerinnen und Bürgern dort so reden kann, dass die Wohnbebauung sich in diesem Gebiet immer mehr reduziert. Statt sie sozus. zu verstärken, sie zu erhalten, sie im besten Fall zu entwickeln.

Herr Hengst, so steht es in dem Protokoll des Vermittlungsgesprächs – Zitat: Auch nach der heutigen Diskussion gestand Herr Hengst ein, in dem Verfahren für die Aufstellung einer Außenbereichssatzung nur wenig Aussicht auf Erfolg zu sehen. Das ist die Situation, mit der wir uns beschäftigen und wir spekulieren ja immer, wie der LOS sich verhält – zitiere ich ebenfalls aus dem Protokoll des Vermittlungsgesprächs – „Die laut Rechtsprechung für die Aufstellung einer Außenbereichssatzung erforderliche Zusammengehörigkeit und Geschlossenheit der Wohnbebauung von einigem Gewicht ist auch nach Auffassung von Frau Scharper und Frau Kirchner nicht im gesamten Heide-

land gegeben, wie es sich deutlich in der Planzeichnung mit den zweifelsfrei bestandsgeschützten Wohnhäusern darstellt. Somit könne der Geltungsbereich der Außenbereichssatzung nicht das Gesamtgebiet umfassen, ggf. könnten kleinere Teilbereiche die Zulässigkeitsvoraussetzungen erfüllen, das müsste abgeprüft werden.“

Also Fallgruppen bilden, wie der Mediator ebenfalls vorgeschlagen hat. Die Vorlage, mit der wir uns heute beschäftigen, soll den Weg frei machen für die Gestaltung einer Außenbereichssatzung für das gesamte Gebiet Heideland. Das ist aus meiner Sicht der falsche Weg, aus unserer Sicht der falsche Weg. Und ich glaube, alle Fachleute haben uns das auch aufgeschrieben. Und ich bin mir nicht sicher, ob wir das Recht haben, diesen Weg trotzdem zu gehen wider besseres Wissens. Erstens, weil wir eine Verpflichtung haben, rechtskonform zu handeln. Zweitens, weil wir auch den Heideländern gegenüber eine Verpflichtung haben.

Wer der Meinung ist, sich hier und heute große Meriten zu verdienen, den großen Heideländischen Verdienstorden zu verdienen, ich glaube, der irrt sich. Hier und heute können wir nur die nächste Niederlage organisieren, das auf Kosten der Heideländer. Das empfinde ich als unwürdig und nicht fair den Bürger/innen gegenüber, die dort wohnen. Die Argumentation, wer entscheidet, wann hier die Bagger rollen, lieber Herr Bürgermeister, das ist eine Erpressungssituation. Ich fand bis jetzt immer nur fair, dass wir uns -alle Beteiligten- vor diese Erpressungssituation gestellt fühlten. Jetzt fangen wir an, uns aufzuteilen, uns gegenseitig die Schwarzen Peter zuzuschieben. Das ist eine neue Qualität in der Diskussion, die definitiv in der Sache nicht hilfreich ist. Aus diesem Grunde kann ich hier heute nur dafür werben, den Weg nicht frei zu machen, für die Außenbereichssatzung, da uns -glaube ich- hinlänglich erklärt worden ist, dass dieser Weg nicht gangbar ist.

Der Vorsitzende der STVV weist darauf hin, dass bereits Details diskutiert werden:

„Der Beschlussvorschlag sieht vor, dass über die Aufstellung einer Außenbereichssatzung befunden wird. Da sind noch keine Einzelheiten genannt. Wir verabschieden hier und heute keine Satzung, sondern wir beschließen die Erstellung einer Satzung. Mir ist deswegen nicht geläufig, dass schon so im Detail diskutiert wird. Man kann geteilter Meinung sein, aber man sollte sich dem nicht verschließen, was uns an zahlreichen Fakten vorgelegt wurde und durch Fachleute mit Sachverstand, die das Risiko wohl kennen. Wenn es denn so fragwürdig und so unmöglich wäre, dann hätte uns auch Herr Lilienthal einen so gangbaren Weg nie vorgeschlagen“.

Abg. Hilke:

„Es geht darum, den Bewohnern des Heidelandes Rechtssicherheit zu geben. Herr Wende bestreitet, dass dieser Weg mit der erweiterten Außenbereichssatzung möglich ist. Herr Lilienthal hat über einen Zeitraum von 2 ½ Jahren Gespräche insbesondere mit den Heideländern geführt und mit der Verwaltung und auch mit dem LOS. Diese erweiterte Außenbereichssatzung ist eine Möglichkeit, die bei der letzten Novellierung des BauGB eingefügt wurde. Vorher gab es den Absatz 6 noch nicht. Und wenn dies so ist, dann hängt es auch von der Interpretation der Juristen letztlich ab, ob solche Satzung zum Erfolg führt oder nicht. Wenn etwas nicht ausdrücklich untersagt ist, sondern es im Gesetz Interpretationsmöglichkeiten gibt, dann sind diese auszuschöpfen. Es geht dabei darum, dass die Personen, die dort leben, die Rechtssicherheit brauchen, um auf einem bereits bebauten Grundstück ggf. erstens sicher zu sein, dass der Bagger nicht kommt und zweitens ggf. im Rahmen des Baurechts Erweiterungen ihres bestehenden rechtssicheren Gebäudes vorzunehmen, endlich sagen zu können, jawohl, wir dürfen das. Und nur das will diese erweiterte Außenbereichssatzung. Es soll weder bisher unbebautes Land bebaut werden, noch soll hier –wie es immer so schön heißt – eine Splittersiedlung verfestigt werden. Denn das soll hier mit diesem Ziel gerade nicht erreicht werden. Es soll kein neues Bauland geben. Sondern, es sollen diejenigen ihre Möglichkeit erhalten, die bereits gebaut haben, dort zu leben. Es liegt Strom an, es liegt Wasser an, es wird Wasser abgefahren, es gibt dort Beleuchtung und es gibt dort ein Wahllokal, in dem Bürger/innen abstimmen dürfen. Wenn das nicht alles Zeichen sind dafür, dass dort Wohnbebauung ist und diese auch legal werden muss, dann weiß ich es auch nicht. Deshalb werden wir als CDU-Fraktion diesem Entwurf zustimmen und **beantragen** darüber hinaus die **namentliche Abstimmung**.

Bürgermeister Hengst:

„Es ist sehr interessant, wie unterschiedlich ein- und dieselbe Vorlage interpretiert werden kann. Dass selbst die Worte, die hier alle deutsch geschrieben sind, interpretierungsbedürftig sind. Und

wenn Stephan Wende sagt, dass über den bebauten Bereich hinaus sich etwas entwickeln kann, sagt genau der Text aus meiner Lesart etwas anderes. Dass er eben nicht für den unbebauten Teil gilt und nur für den bereits bebauten Teil und insofern nämlich genau das greift, was wir wollen. Widerspricht damit aber auch ein wenig dem, was hier gerade vorgetragen wurde. Denn klar, verfestigen wir damit eine Splittersiedlung, denn wir wollen keine weitere Bebauung im Heideland. Ich will das zum Abschluss gar nicht weiter interpretieren, nur noch einmal deutlich machen, wie unterschiedlich man ein- und denselben Text interpretieren kann und deutlich machen, dass wir, glaube alle, die wir hier sitzen, nicht in der Lage sind, ein abschließendes Urteil zu fällen. Wir müssen es auch nicht. Aber ich glaube schon, dass sich hiermit Juristen längere Zeit auseinandersetzen werden, wie der § 35, Abs. 6 des BauGB tatsächlich zu werten ist. Es gibt so gut wie keine Kommentierung, schon gar keine Rechtsprechung, auf die man verlässlich aufbauen könnte. Das was es gibt, wie immer wenn ein neues Gesetz auf den Weg gebracht wird, dass einige Leute dabei waren und damit ihr Geld verdienen und natürlich schon bevor das Gesetz auf den Weg gebracht ist, auch Kommentierungen herausgeben. Das ist ihr gutes Recht, das soll auch so sein. Letztendlich schaffen unsere Obersten Gerichte dann Rechtssicherheit, die man hier braucht. Und ich bin auch weit davon entfernt, einzelne Bemerkungen abzutun und zu sagen, sie sind nicht stichhaltig, sie sind nicht begründbar. Ich will es nochmals wiederholen. Wir wissen alle, dass es nicht einfach ist – denn wenn es das wäre – bräuchten wir uns hier nicht darüber unterhalten und uns streiten. Wir hätten längst das Problem gelöst. Aber und das nochmals zum Schluss, es ist ein Weg, Rechtssicherheit zu bekommen unter Einbindung zuständiger Behörden, unter der Einbindung der Träger öffentlicher Belange und notfalls auch unter Eröffnung eines erneuten Klageweges, um auch über den Weg dann irgendwann Rechtssicherheit zu bekommen. Und das versteht sich von selbst, irgendwann wir auch Rechtssicherheit geschaffen, mit der alle Beteiligten leben müssen. Sowohl die Betroffenen im Heideland, als auch die Stadt Fürstenwalde“.

Abg. Meinel:

„Ich verstehe eines nicht. Warum wir immer von den Heideländern sprechen? Nach der Diskussion stelle ich fest, dass es sich um einen ganz kleines Gebiet des Heidelandes handelt.

Bürgermeister Hengst:

„Es geht nicht um ein ganz kleines Gebiet. Sondern die Heideländer sind im gesamten Gebiet verteilt. Das ist unser eigentliches Problem. Insofern reden wir von den Heideländern, weil wir eben nicht ein kleines bebaubares Gebiet haben. Sondern weil es im gesamten Gebiet Heideland verstreut überall legitimierte Bebauung und welche, die offensichtlich rechtswidrig ist, vorfinden. Und wenn man das ins Verhältnis setzt, dann ist ganz grob, die Hälfte legitimiert, hat Bestandskraft, und die andere Hälfte ist zweifelhaft. Ich will das ganz vorsichtig ausdrücken. Aber sie sind eben nicht konzentriert. Wenn sie das wären, dann wäre die Außenbereichssatzung überhaupt kein Problem. Das Problem ist, dass sie eben nicht so konzentriert sind, wie es die reine Lehre vielleicht im Kopf hatte. Aber ich sage nochmals, es gibt Interpretationsspielraum, den sollten wir nutzen und deswegen auch das gesamte Gebiet von der Außenbereichssatzung umfassen“.

Abg. Ksink:

„Meine Meinung zum Heideland kennen die meisten Leute seit dem vergangenen Jahr. Dass ich dazu stehe. Ich werde, wie die anderen FDP-Kollegen, zustimmen. Weil ich der Meinung bin, dass jetzt endlich Bewegung ins Spiel kommt, die schon sehr lange diskutiert wurde. Eine Bemerkung zu der Sache überhaupt. Hier sitzen ja Leute, die geben sich Mühe und tun alles, dass Bewegung kommt und das seit Jahren. Und andere im Heideland untergraben das, indem sie trotzdem in der Zeit schwarz weitergebaut haben. Und da bin ich der Meinung, da muss hart durchgegriffen werden“.

Abg. Sachse:

„Meine Damen und Herren, bei dieser angestrebten Satzung geht es ja darum, Rechtssicherheit zu schaffen. Dieser Wunsch wird auch von unserer Fraktion geteilt. Wir sind lediglich der Meinung, dass es auf dem angedachten Weg nicht funktioniert. Wir müssen aber auch ehrlich sagen – auch wir wissen nicht, wie es gehen könnte. Wir haben einfach das Problem -auch bei der letzten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses wurde von Bewohnern des Heidelands darauf hingewiesen-

dass auf dem Übersichtsplan, der hier der Drucksache beigelegt ist, ja nur ein geringer Teil der tatsächlich vorhandenen Wohnbebauung eingezeichnet ist. Das ist richtig. Da sind nämlich offensichtlich nur die Häuser eingezeichnet, die legal sind, die Bestandsschutz haben. Die ganzen fragwürdigen Bauwerke sind dort überhaupt nicht eingezeichnet. D.h. die Sache ist insbesondere dadurch kompliziert, dass durch diese Außenbereichssatzung offensichtlich – und der Bürgermeister hat vorhin die Zahl von etwa 40 genannt – also offensichtlich 40, nicht genehmigte Gebäude, jetzt nachträglich legalisiert werden. Da die Satzung aber von vornherein, also eine Außenbereichssatzung, das Bauen, also praktisch den Neubau von unbebauten Grundstücken, nicht möglich macht, halte ich schon diesen Ansatz, diese illegalen Gebäude jetzt nachträglich zu legalisieren durch eine Außenbereichssatzung, für ausgesprochen fragwürdig. Es kommt als Zweites noch hinzu, dass auch wenn das Gesetz neu ist, dass es dazu bereits Gerichtsurteile gibt. Und die Gerichtsurteile, die bis jetzt bereits vorliegen, sind auch in der Drucksache von der Fachabteilung aufgeschrieben worden. Und es steht darin klipp und klar, dass diese Gerichtsurteile u.a. sagen, es müssen 4 bis 5 zusammenhängende Gebäude sein. Nur dann kann man über einen bebauten Siedlungskern sprechen. Ich bin nach wie vor der Meinung, dass es durchaus möglich wäre, in solchen Bereichen kleine Außenbereichssatzungen aufzustellen. Nicht jedoch für das gesamte Heidefeld. Wenn sich also hier offensichtlich die Mehrheit abzeichnet, den Versuch zu wagen, eine solche große Satzung für das gesamte Gebiet aufzustellen, dann nehme ich das jetzt mit Interesse zur Kenntnis. Ich denke, wir werden darüber noch erheblichen, juristischen Streit bekommen. Und ich möchte den Heidefeldern in dieser Richtung überhaupt keine Hoffnung machen. Ich kann es nicht sehen, dass damit das Problem gelöst wird. Noch weitergehend möchte ich sagen, ich habe die dringende Befürchtung, dass wir schon alleine mit der Einleitung eines solchen Verfahrens, uns als Parlament rechtswidrig verhalten. Und deshalb kann ich, und kann meine Fraktion, dem Ganzen die Zustimmung nicht geben. Aber die Mehrheit scheint ja gesichert zu sein. Danke“.

Bürgermeister Hengst:

„Die letzte Bemerkung würde ich nicht teilen, dass wir uns hier rechtswidrig als Parlament bewegen. Ich glaube schon, dass das auch eine ureigenste Aufgabe des Parlaments ist, Planungsrecht zu schaffen. Und man kann nicht von vornherein immer verlässlich sagen, dass das auch zum Erfolg führt. Zu dem anderen Punkt nur noch eine Bemerkung. Das kann sich natürlich im Verfahren dann auch so entwickeln. Dass die Träger öffentlicher Belange sagen, also eine gesamte Außenbereichssatzung, wie ihr sie auf den Weg gebracht habt, ist mit uns nicht zu machen. Dann guckt man auch, was ist denn mit euch machbar? Vielleicht kommt dann ja auch eine solche Lösung dabei heraus, das ist halt abzuwarten. Noch eine Bemerkung. Aus den Zeichnungen gehen schon auch die anderen hervor, das sind die kleinen, nicht umrandeten Punkte. Daran sieht man, wie vielfältig die Bebauung eigentlich im Gebiet heute schon ist. Wir haben nur mehr die herausgegriffen, die legal nach uns vorliegenden Unterlagen entsprechend Bestandsschutz haben. Alle anderen Bauwerke, die eingezeichnet sind, die man staffiert erkennen kann, sind eben die Betroffenen.“

Abg. Wagner:

„Wenn ich die Diskussion verfolge, dann dreht sich alles um hätte, könnte, würde. Nichts Konkretes weiß man nicht. Wenn wir es alles nicht wissen, frage ich in die Runde, warum probieren wir es nicht einfach und stimmen dieser DS zu. Wenn ich mit meinem Partner vorm Pfarrer stehe und eine Ehe schließe, weiß ich auch nicht, ob ich mit diesem Mann noch Silberhochzeit feiern werde oder nicht. Ich hoffe das. Aber wissen tue ich das nicht. Und einen Versuch, wenn man sich liebt, ist es allemal wert. Vielleicht ist dieser Vergleich jetzt doch so passend, dass wir zum Ende der Diskussion kommen und abstimmen“.

Abg. Lothar Hoffrichter:

„Ich kann Frau Wagner nur zustimmen. Wenn ich von Hoffnungen spreche, dann will ich versuchen, hier eine Möglichkeit aufzumachen. Wenn ich nichts mache, dann passiert nichts. Also versuchen wir es doch. Wagen wir doch ohne großes Hindernis, die Drucksache auf den Weg zu bringen. Ob und wann ein Ergebnis vorliegen wird, weiß keiner. Wir haben sonst keine Möglichkeit. Wir würden die Heidefelder weiterhin im Ungewissen lassen. Und wir selbst sind auch in der unglücklichen Situation, dass wir das gerne geklärt wissen wollen. Das Thema beschäftigt uns schon seit Jahren. Jetzt sind wir so weit, nun machen wir es doch“.

Abg. Alter:

„Ich hatte zwei Tage nach dem Stadtentwicklungsausschuss den Anruf eines Bürgers, der im Heide-land Land hat und der mir mitgeteilt hat, ich möge doch nun positiv über die Sache denken, denn er will nun endlich bauen. Ich will nur sagen, das sind auch noch Dinge –und darum würde ich die Presse bitten– die ausgeräumt werden müssen, dass keiner der dort Land hat, zukünftig bauen kann unter diesen Gesichtspunkten. Das ist im Gespräch und die Erwartungshaltung ist groß. Ich bitte die Presse, das so klar herauszustellen, dass da keine neue Erwartungshaltung geweckt wird“.

Abg. Apitz:

„Ich habe die Diskussion interessiert verfolgt und die DS gelesen. Ich bin seit 1998 im Stadtentwicklungsausschuss und habe schon den einen oder anderen Kampf um dieses Thema mitverfolgen können. Mir stellt sich hier eine Frage. Welches Risiko geht die Stadt Fürstenwalde ein, wenn man diesen Weg hier versucht? Wir sind solange an diesem Thema dran, haben hier jetzt eine Möglichkeit durch eine neue Rechtsgrundlage, die noch nicht ausgelotet ist. Es scheint sich daran zu schei- den in der Beurteilung, was ist die Dichte der Wohnbebauung, wie dicht muss es sein, wie dicht kann es sein. Auf der anderen Seite glaube ich auch, dass es hier natürlich -und Herr Ksink hat es schon gesagt, Frau Alter eben auch noch einmal- Hoffnungen und Erwartungen und vielleicht auch nicht ganz ehrenhafte Bemühungen, die hintenherum laufen, gibt. Wie wird sich die Stadt da ent- scheiden? Diesen Weg, einen solchen Entwurf einer solchen Außenbereichssatzung zu machen, geht ja nicht von gleich auf eben. Sondern es dauert eine Weile. Wenn wir uns also hier öffentlich dazu bekennen, dann kann das komische Zeichen auslösen. Dann kann das etwas bewirken, was wir nicht wollen. Ich würde vorschlagen, dass wir uns dazu dann im nicht öffentlichen Teil weiter verständigen und beschließen. Weil, ich könnte mir vorstellen, dass wir hier dann Effekte haben, mit denen wir nicht mehr umgehen können. Wenn wir das hier auf den Weg bringen und soweit kommunizieren, dann wird dort sofort der Spaten in die Hand genommen, um dann Tatsachen zu schaffen, die wir mit einer Außenbereichssatzung dann legitimieren. Also mein Vorschlag, erst noch einmal ausführlich nicht öffentlichen diskutieren“.

Vorsitzender Teichmann:

„Satzungsbeschlüsse sind immer öffentlich. Und noch einmal der Hinweis - Mutmaßungen, Wider- sprüche, aber nichts Handfestes. Es ist mehrfach angeklungen, dass es unser Bemühen ist, einen Zustand festzustellen. Mehr vermögen wir nicht zu tun. Wenn wir das unterlassen, wäre es eine schäbige Art“.

Abg. Petenati:

„Die ganze Diskussion zeigt, wie komplex dieses Thema ist, welches uns schon seit Jahren beschäf- tigt. Wir haben heute eine DS auf dem Tisch zu liegen, die uns weiterbringt. Und uns aufzeigt, wie es doch vielleicht gehen könnte bei allen Bedenken, die hier geäußert werden. Ich kam mir im Stadtentwicklungsausschuss vor, als würde ich zum Gesetzesbrecher gemacht. Ich gehe davon aus - der Vermittler, der Herr Lilienthal, hat sich über die Zeit, die er hier tätig war, größte Mühe gege- ben, das Beste daraus zu machen und etwas auf den Tisch zu packen. Und er war bei uns in der Fraktion zu Gast und hat uns seine Aktivitäten geschildert. Sie können mir glauben, er hat es uns versichert, er hätte uns diese Unterlagen nicht auf den Tisch gelegt, wenn er sich nicht auch abgesi- chert hätte. Ihm ist in den verschiedensten Bereich zugestimmt worden. Und deshalb liegt uns das nun heute vor und ich beantrage, zur Abstimmung zu kommen“.

Der Vorsitzende ruft zur **namentlichen Stimmabgabe** auf:

Name	Ja	Nein
Alter, Elisabeth	x	
Apitz, Peter	x	
Collrepp von, Anja	x	
Benz, Rene		x
Bluschke, Helga	x	
Buzziol, Heiner	abwesend	
Fiedler, Monika		x

Name		Ja	Nein
Gollmer, Martin			x
Hemmerling, Klaus		x	
Hengst, Hans-Ulrich		x	
Henkel, Eberhard		x	
Hilke, Rolf		x	
Hoffrichter, Jens		x	
Hoffrichter, Lothar		x	
Koch, Uwe		x	
König, Lutz		x	
Ksink, Reinhard		x	
Lenz, Sabine	abwesend		
Luban, Jürgen		x	
Meinl, Maria			x
Nachtigall, Lothar	abwesend		
Oberländer, Sven	abwesend		
Petenati, Wolfgang		x	
Radom, Käthe	abwesend		
Runge, Klaus		x	
Sachse, Gerold			x
Schulze, Roland		x	
Schumann, Petra		x	
Stiller, Jurik			x
Teichmann, Jürgen		x	
Wagner, Elke		x	
Wende, Stephan			x
Zänker, Jens-Olaf		x	

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Aufstellung einer Außenbereichssatzung gemäß § 35 Abs. 6 BauGB für das Gebiet des Heidelandes.

Zustimmung Ja 21 Nein 7

TOP 9.10 Neufestsetzung des Kassenkredites

5/299

Der Sachverhalt ist in der Drucksache ausführlich dargestellt. Herr Dr. Fehse erläutert, dass der Kassenkredit immer nur in dem notwendigen Umfang und zu den möglichen günstigen Konditionen in Anspruch genommen wird und eine vierteljährliche Berichterstattung erfolgt.

Der Abg. Zänker bittet die Verwaltung um einen dahingehenden Kompromiss, als dass für eine so hohe Summe eine zeitliche Begrenzung im Beschluss formuliert wird.

Der Erste Beigeordnete erklärt, dass die Brandenburgische Kommunalverfassung eine zeitliche Begrenzung nicht vorsieht und empfiehlt, im Rahmen der Haushaltsdiskussion 2012 erneut darüber zu befinden.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die Höhe des Kassenkredites auf 20,0 Mio. € festzusetzen.

Zustimmung Ja 27 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

TOP 10 Informationen der Verwaltung

Es liegen keine Informationen der Verwaltung vor.

TOP 11 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung

Die Abg. Alter bittet im Zusammenhang mit einem MOZ-Artikel um Informationen zu der tatsächlichen personellen Situation bei der Feuerwehr.

Der Bürgermeister will diesen Artikel der MOZ nicht interpretieren und verweist auf ein laufendes Verfahren, zu dem er in der öffentlichen Sitzung keine Informationen über Sachverhalt und Personen gibt. Zum Werdegang schildert er kurz, dass ihm aus dem betroffenen Bereich Hinweise zur Kenntnis gegeben wurden, denen er verpflichtet war, nachzugehen. Zum einen, um zu prüfen, ob diese Hinweise durch Tatsachen gestützt und untermauert werden. Zum anderen auch, um Betroffene, die in den Blickpunkt geraten sind, vor übereilten Reaktionen und Emotionen zu schützen. Im Rahmen der Prüfung sind noch zwei Fragen zu klären.

Der Abg. Jens Hoffrichter merkt in Auswertung des letzten Stadtentwicklungsausschusses an, dass die erhaltenen Informationen und Planvorstellungen für die Lindenstraße aber auch die Durchfahrt „Am Stern“/Kaiserhof sowie die mit verschiedenen, sehr langfristigen Vorhaben verbundene Beauftragung von Ingenieurbüros aller Ehren wert sind. Er möchte aber vor allem angesichts der Kosten dafür sensibilisieren, sich machbaren und realistischen Themen zuzuwenden, wie dem Ausbau von Sandstraßen, und nicht zu weit in die Zukunft zu blicken.

Der Bürgermeister erklärt, dass die Lindenstraße durchaus ein Thema ist, auch wenn die Realisierung weder in diesem noch im kommenden Jahr ansteht. Es ist die Aufgabe des Stadtentwicklungsausschusses und der Verwaltung, auch langfristig über Ziele, Vorstellungen und Voraussetzungen zu informieren und zu diskutieren. Die Gestaltung „Am Stern“ ist für 2011/2012 ein durchaus aktuelles Vorhaben, für das Fördermittel in Aussicht gestellt wurden.

Die Abg. Alter regt an, eine Visionsliste und langfristig innovative Vorhaben darzustellen, gemeinsam zu diskutieren und Prioritäten festzulegen. Der Bürgermeister verweist auf Anforderungslisten der einzelnen Fachbereiche und die mittelfristige Finanzplanung im Haushaltsplan, in der Vorhaben für die nächsten drei Jahre dargestellt sind und schlägt vor, dies als Diskussionsgrundlage zu nutzen. Darüber hinaus sagt er den Stadtverordneten ein Auftragsverzeichnis über Auftragnehmer, Vertragslaufzeit und –summen zu.

Im Nachgang der sehr erfolgreich stattgefundenen Ausbildungsbörse bittet der Abg. Ksink, dem damit verbundenen Verkehrsaufkommen Rechnung zu tragen und ausreichende Parkmöglichkeiten vorzuhalten sowie die An- und Abfahrt von Ausstellern und Besuchern besser zu regeln.

Der Bürgermeister erläutert, dass die Verwaltung im Vorfeld verschiedene Überlegungen angestellt und letztlich verworfen hat, weil keine zu einer wirklichen Entspannung der Verkehrsabläufe oder Parksituation geführt hätte bzw. für einen Tag machbar gewesen wäre.

Der Abg. Wende bittet um Informationen zur weiteren Gestaltung des Umfeldes Bananenkeller. Herr Roch informiert, dass sich dieses Vorhaben weiterhin in der Bearbeitung befindet und eine modifizierte, neue Ausschreibung so schnell wie möglich auf den Weg gebracht wird.

Auf die Nachfrage des Abg. Wende zur Vorbereitung der Stellenausschreibung Stadtentwicklung verweist der Bürgermeister auf entsprechende Ausführungen in der nicht öffentlichen Sitzung.

Auf die Nachfrage des Abg. Benz zu Leiharbeitern in der Verwaltung erklärt der Bürgermeister, dass eine Kollegin als Ersatz einer erkrankten Mitarbeiterin tätig ist.

Der Abg. Sachse erinnert an die Überarbeitung der „Stadtordnung“, die nach Einarbeitung des FBL Bürgerdienste angegangen werden sollte und verweist auf notwendige Regelungen, um die Ver-

schmutzung der Straßen durch umher liegende bzw. umher fliegende Prospekte und Zeitungen zu ahnden. Besonders an den Wochenenden bzw. bei der Verteilung des „Märkischen Marktes“ ist auffällig, dass ganze Stöße von Zeitungen vor Häusern bzw. Briefkästen einfach abgelegt werden.

Der Abg. Hemmerling erinnert an die Anfrage zum Winterdienst in der Hegelstraße und fragt, ob eine Lösung in Aussicht ist.

Der Bürgermeister informiert, dass sich die Gesamthematik Winterdienst mit allen Hinweisen und Anregungen in Bearbeitung befindet und mit allen Beteiligten nach Beendigung der Winterperiode ausführlich ausgewertet und ggf. nachgebessert wird.

Der Abg. Apitz stärkt in diesem Zusammenhang die Lobby der Menschen mit Handicap und gibt den Hinweis, die Behindertenparkflächen so zu beräumen, dass den Rollis auch Aus- und Umsteigen möglich ist.

TOP 12 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung

Die öffentliche Sitzung wird beendet. Die Niederschrift umfasst 16 Seiten.

Jürgen Teichmann
Vorsitzender

Franka Koch
Schriftführerin
